

Wolffsche



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11853. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Der Erfüllungswille der Industrie.

Die Bedeutung der Verhandlungen.

Berlin, 15. September. (W. L. B.)

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers haben in letzter Zeit mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die ernste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reichs. Von allen Seiten wurde der gute Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken, dem Reiche die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind auf diesem günstigen Boden des Verständnisses und des Entgegenkommens weit fortgeschritten; um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, bedarf es jedoch noch der Fühlungnahme mit weiteren produktiven Ständen des deutschen Wirtschaftslebens. Die Nachrichten, welche über diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, sind im wesentlichen Vermutungen und Behauptungen. Die Besprechungen, die zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die je eine Regierung zu führen hatte und die deswegen die sorgfältigste Würdigung aller um den Wiederaufbau Deutschlands besorgten Kreise verdienen, werden mit den Vertretern der Bankwelt wie auch mit solchen der Landwirtschaft in rascher Folge weitergeführt werden.

Die „Wolffsche Zeitung“ hat über diese Besprechung und ihren wesentlichen Inhalt gestern abend berichtet. Ueber ihre außen-

und innenpolitische Tragweite kann man nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Die von den Vertretern der Industrie und der Bankwelt ausgesprochene Bereitwilligkeit, durch Herabgabe eigener Devisen und Inanspruchnahme ausländischen Kredites der Reichsregierung jene Goldwerte in die Hand zu geben, die sie zur Leistung der Reparationen und auch zur Stützung des Marktkurses braucht — es sollen auf diesem Wege 1 bis 1½ Milliarden Goldmark aufgebracht werden, bedeutet ein grundsätzliches Bekenntnis, die Verpflichtungen mit erfüllen zu helfen, die das Deutsche Reich durch die Unterzeichnung unter das Londoner Ultimatum übernommen hat; bedeutet eine scharfe Abgabe der Industrie und der Bankwelt an Selbsterica und seine deutschnationalen Genossen, die auf dem jüngsten deutschnationalen Parteitage verurteilt haben, daß es für sie kein Wille und kein Weg zur Erfüllung des Ultimats gebe.

Andererseits wird man es nur verständlich finden, daß die Industrie und die Bankwelt, die ihre politische Vertretung in der Deutschen Volkspartei hat, den Wunsch hegt, wenn sie diese Lasten übernimmt, auch an der verantwortlichen Führung der Reichsregierung teilzunehmen. In den Besprechungen beim Reichskanzler ist diesem Wunsch auch Ausdruck gegeben worden in Form einer Anregung, die gegenwärtige Koalition im Reiche und in Preußen nach rechts zu erweitern, d. h. durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei zu einer tragfähigen Mehrheit zu gestalten. Vom Reichskanzler ist diese Anregung sehr freundlich aufgenommen worden. Man darf voraussetzen, daß die innenpolitische Auswirkung dieser Besprechungen sich in naher Zukunft sowohl im Reiche wie auch in Preußen bemerkbar machen wird.

„Kommt den Bayern zart entgegen.“

Von
Erich Everth.

Herr v. Preger, der bayerische Vertreter in Berlin, vertritt den Standpunkt der bisherigen Münchener Regierung so lebhaft, wie es nur der Beauftragte einer Landesregierung darf, der nicht nur eine Meinung, sondern auch ein Amt hat. Gestern hat er im Ueberwachungsausschuß gesagt, das Empfinden der Bayern müsse zart angefaßt werden. Zeit und Umstände dieser Äußerung konnten selten gewählt erscheinen, da an derselben Stelle kurz vorher der Reichskanzler jene Enthüllungen gemacht hatte, über die sich bisher alle Welt vor allem deshalb unterhält, weil sie unerhörte Anklagen gegen die Regierung Kahr und namentlich den Münchener Polizeipräsidenten enthielten. Und doch hatte der Gesandte nicht Unrecht. Denn „die Bayern“ haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit jenen Dingen nichts zu tun. So hat denn auch der Reichskanzler, trotz Tag und Stunde, dem Worte Pregers zugestimmt, allerdings mit Recht von Bayern Gegenseitigkeit verlangt. Es ist richtig und geschieht von Herrn Wirth gewesen, daß er in der letzten Zeit immer wieder betont hat, wie die Verhezung gegen die Reichsregierung, die in Bayern verübt wird, von dort landfremden Elementen betrieben wird.

Natürlich sind auch einzelne Bayern daran beteiligt, und deren Empfindungen wird man fürderhin nicht zart anfassen dürfen und wollen. Wir sind ja allerlei gewöhnt, und wir sind seit Monaten von Bayern nicht verwöhnt worden; aber was gestern durch das Schreiben des Preussischen Staatskommissars für die öffentliche Ordnung zutage gekommen ist, bedeutet auch für gesunde Nerven eine Zumutung. Die in jenem Bericht aufgedeckten Dinge liegen zum Teil fast ein Jahr zurück, aber wenn damals von aktiven bayerischen Polizeimannschaften Kappisten, die der Oberreichsanwalt mit Haftbefehl und Steckbrief verfolgt, geschickt worden sind, und zwar so, daß „jeder, der sich näherte, mit Feuer empfangen wurde“, so ergibt sich auch heute noch eine Verblüffung, die durch nichts gemildert werden kann. Hoffen wir, daß nicht das Ausland über unsere Republik lacht, in der — zwei Jahre nach der Revolution — diese sozusagen mexikanische Groteske möglich gewesen ist. Aber eigentlich noch viel schlimmer wirkt die Mitteilung, daß Herr v. Ehrhardt im Münchener Polizeipräsidenten ein- und ausgegangen sei und daß er auch mit dem soeben erst zurückgetretenen deutschnationalen Justizminister Roth in Verbindung gestanden habe. Wenn das zutrifft, so haben beide Herren dem Ansehen der bayerischen Justiz einen traurigen Dienst erwiesen, und man versteht jetzt allerdings, warum die Münchener Polizei nach dem Tode Erzbergers wie in früheren Fällen weniger findig gewesen ist als die badische und württembergische.

Indessen, nachdem man jetzt weiß, wo die Seele des Widerstandes ihren Sitz hatte, wird jeder Besonnene sich vor allgemeinen Vorwürfen gegen eine ganze Beamtenerschaft, geschweige gegen einen ganzen Volksstamm, hüten. Wenn so etwas an den obersten Stellen geschah, was will man gegen die nachgeordneten und in der Hauptsache ausführenden Organe sagen? Es wird freilich auch da mancher con amore „mitgearbeitet“ haben, und diese Leute werden ja hoffentlich jetzt auch zu finden sein, aber im ganzen ist die Luft durch die Enthüllung doch gereinigt. Man weiß nun Bestimmteres, und damit ist der Nebel vagen Argwohns, der dem Blick mancher Deutschen allmählich fast die ganze bayerische Landschaft zu umhüllen drohte, vertrieben. Das ist das Heilsame jeder öffentlichen Erklärung, und so darf man hoffen, daß auch dieses Mal nach Bliz und Wetterschlag der Regenbogen aus dem Gewölke tritt. Es ist doppelt erfreulich, daß die politische Klärung in Bayern selbst schon vor diesen Enthüllungen begann, und daß namentlich die Bayerische Volkspartei, hierdurch noch nicht beeinflusst, von den Herren Kahr und Roth abgerückt ist. Es bleibt zu wünschen, daß die bayerische Interimsregierung den Zwischenzustand, während dessen sie mit dem Reiche nicht verhandeln zu können angibt, nicht zu lange ausdehnt, damit man nicht wieder von absichtlicher Verzögerungstaktik zu sprechen braucht. Eine solche Taktik liegt auch nicht im eigenen Interesse Bayerns. Sie könnte auf die Zustände in der Pfalz, über die heute morgen sehr nachdenklich stimmende Meldungen vorliegen, unheilvoll einwirken. Dagegen kann die Bildung einer im republikanischen Sinne Vertrauen erweckenden Münchener Regierung auch dort nur günstige Folgen haben.

Die Bayern selber, die wirklichen, werden froh sein, wenn sie die ewige Aufregung los werden. Sie liegt ihnen doch eigentlich gar nicht. Bei aller Begabung, zu ergrimmen und dem Manneszorn urwüchsigem Ausdruck zu geben, ist das Temperament des Bayern im Grunde gelassen und bisweilen mehr als das, nämlich manchen Dingen gegenüber lässig — immer mit geziemender Zurückhaltung gesprochen, also soweit der Norddeutsche sich darüber ein Urteil erlauben kann. Gerade infolge dieser Anlage aber haben die Bayern eben allerlei in ihrem Lande geschehen lassen, was sie selbst

Wiederwahl Kahrs?

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

München, 15. September.

Der Vorkonvent des bayerischen Landtages hat, wie bereits als wahrscheinlich angekündigt war, den Beschluß gefaßt, den Landtag am kommenden Mittwoch, dem 21. September, um 4 Uhr nachmittags zusammenzuberufen. Auf der Tagesordnung wird die Wahl des Ministerpräsidenten stehen. Diese Sitzung bildet nicht den Beginn einer außerordentlichen Tagung, sondern wird die ordentliche Landtagssession eröffnen; allerdings wird sich das Haus nach den ersten der Ministerkrise gewidmeten Sitzungen für einige Zeit vertagen.

Zu der Frage der Bildung des neuen Kabinetts ist über das heute morgen Mitgeteilte hinaus Wesentliches kaum zu sagen, doch verdient es, noch stärker betont zu werden, daß nach den bisherigen Beratungen der bayerischen Volkspartei von dieser Seite überwiegend die Wiederherstellung der alten Koalition gewünscht wird, wobei man aber mit ziemlicher Sicherheit den Ersatz des Justizministers Roth durch eine andere gemäßigtere Persönlichkeit aus der Mittelpartei erwarten darf. Ferner bestätigt es sich, daß in Kreisen der Volkspartei eine starke Stimmung für die abermalige Berufung des Herrn von Kahr zum Ministerpräsidenten besteht. Diese Stimmung soll, wie wir erfahren, unter anderem sich auf die große Beliebtheit stützen, die Herr von Kahr auf dem flachen Lande vielfach genießt. Am Montag soll nach einer hiesigen Korrespondenz der mehr als hundertköpfige Parteiausschuß der bayerischen Volkspartei zusammentreten, um vor der Parlamentstagung zu der Krise Stellung zu nehmen. Dieser Ausschuß besteht zu einem erheblichen Teile aus Nichtparlamentariern und wird den Einfluß gerade der Landwirtschaft auf die parlamentarischen Vertrauensleute der Partei zum Ausdruck bringen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie weit die Initiative der bayerischen Volkspartei letzten Endes bei der Lösung der Krise auszusagen wird. Der überwiegende Einfluß dieser Partei ist nicht nur sachgemäß begründet, sondern die Mehrzahl der anderen, besonders der weiter links stehenden Parteien hat bisher mit vollem Bewußtsein der bayerischen Volkspartei die Führung in dieser Krise überlassen. Bei der jetzigen Lage der Dinge fragt es sich, ob die demokratische Partei in ihrer Gesamtheit die Koalition mit Einschluß der Mittelpartei wieder mitmachen will. Bisher konnte dies allerdings als wahrscheinlich gelten, und zwar um so mehr, als man auch in demokratischen Kreisen weiß, daß eine Erweiterung der Koalition nach links, also unter Einbeziehung der Mehrheits-Sozialdemokraten, zurzeit nicht in Frage kommt, weniger wegen der Sozialdemokraten selbst, als wegen der ablehnenden Haltung der bayerischen Volkspartei. Wichtig wird es sein, wie sich die Demokraten geäußern.

falls zu einer Rückkehr des Herrn von Kahr stellen würden. Zweifellos hat man sich zum mindesten in einem erheblichen Teil dieser Partei bisher noch nicht dazu entschlossen, auch mit dieser Möglichkeit zu rechnen.

Wie das Wolffsche Telegraphenbüro aus München meldet, ist die Fahndung nach den Tätern, die Erzberger ermordeten, momentan zu einem Stillstand gekommen. Neue Verhaftungen fanden nicht mehr statt. Es ist nur das Eine festgestellt, daß eine geschlossene Organisation für politische Morde nicht besteht. Die Verhafteten sind von der Brigade Ehrhardt, hatten Freunde und hatten des öfteren, um die Freundschaft weiter zu pflegen, im Schutz- und Trugbund, dem sie angehörten, Zusammenkünfte. Am Mittwoch traf ein Bruder des flüchtigen Sillessen in München ein, um sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen.

„Leutnant“ Hütters Selbstbeziehung.

In Potsdam wurde gestern der mit einem Ausweis auf den Namen eines Leutnants Kurt Hüttner versehene Fremde eingehend vernommen, der sich selbst des Mordes an Erzberger bezichtigt hat. Der Vernommene gab zu, daß der Name Hüttner, wie auch die Namen Niese und Henke, unter denen er mit Justizsekretär Oppermann bekannt gewesen ist, falsch seien. Er verweigerte über seine Personalien und über Unterstützung, Beihilfe oder Mitwisserschaft der Tat jede Auskunft. Ueber die Tat gab er eine Erklärung dahin ab, daß er sie gemeinsam mit einem anderen ohne Anstiftung und ohne Aufforderung ausgeführt habe. Nach der Tat habe er sich bis zum Dunkelwerden im nahen Walde verborgen gehalten. Von dort sei er mit seinem Begleiter zu einer verabredeten Stelle gegangen, von der aus beide in einem Flugzeuge in die Nähe der holländischen Grenze gebracht wurden. Wer dabei Hilfe geleistet und wer die holländischen Papiere und Geldmittel übergeben hat, bleibe sein Geheimnis. Bezüglich des Kennzeichens eines der Mörder, des gezackten Ohres, erklärte er in der Vernehmung, daß dies gar nicht maßgebend ist, denn diese Ohrenverstümmelung sei vor der Tat von einem Friseur hergerichtet worden. Nach der Tat habe er sich in der Tschechoslowakei befunden. Von Oppermann wollte er kein Geld erpressen, sondern nur eine Fahrkarte nach der Tschechoslowakei erlangen. In seinem Besitz hatte er noch 70 M. Er bestrebt ausdrücklich die Richtigkeit seiner vorherigen Angaben, wonach er mit Abg. Herget gesprochen habe, dagegen gibt er zu, daß er Mitglied der deutschnationalen Partei sei. Bezüglich der Tat äußerte er, sie sei kein Mord, sondern es sei nur eine „Selbsthilfe Deutschlands“ gewesen. Ueber die Tragweite seiner Handlung sei er sich vollkommen klar.

Nach der Vernehmung wurde „Hüttner“ wieder in die Zelle des Amtsgerichtsgefängnisses zurückgeführt. Ueber ihn ist nunmehr die Untersuchungshaft verhängt worden. Unter seinen Papieren befand sich ein Ausweis auf den Namen Kurt Hüttner, in dem es hieß, er sei in besonderer Mission tätig gewesen, solle unterstützt werden, und man solle ihm zu seiner Flucht weiter verhelfen. Dieser Ausweis trägt den Stempel: Arbeitsgemeinschaft Rübzahl.